

minieren aufzumachen versucht, hilft den schlimmsten Feinden des Proletariats.

5. Der Sinn der gegenwärtigen Parteidiskussion.

Unsere Partei hat in der Vergangenheit noch nicht genügend gelernt. Parteidiskussionen im sozialdemokratischen Geiste zu führen. In der Sozialdemokratie spielen sich Parteidebatten nur in der Form eines Kampfes zwischen den verschiedenen Führergruppen ab. Sie enden mit der Annahme einer papierierten Resolution — meistens "iner Kompromissresolution" — und alles bleibt beim alten. Bolschewisten diskutieren auf andere Weise. Sie diskutieren nicht milder, sondern rücksichtsloser als die Sozialdemokraten. Sie kämpfen unerbittlich gegen jede Abweichung von der richtigen Politik, um sie zu liquidieren. Aber sie führen nicht den Streit um das Streites willen, sondern, um für die Partei einen ideologischen und politischen Gewinn zu erringen.

In der heutigen Diskussion kommt es nicht so sehr darauf an, was geschrieben und gesagt wird, sondern darauf, was die Partei in dieser Auseinandersetzung gewinnt.

Die KPD führte im vergangenen Jahre zwei große Diskussionen mit dem Trotzkismus durch. Beschäftigt sie sich darin nur mit den Fehlern der Trotzkisten? Nein! Sie benutzte den Kampf, um in allen Zellen der Partei, in allen Organisationen, von der untersten bis zur obersten, die Geschichte und das Wesen des Leninismus klar herauszuwerken. Sie benutzte den Kampf, um die Parteidemokratie durchzuführen, um die Hunderttausende neuer Arbeiter des Rentenaufgebotes zu gewinnen, um die neue Bauernpolitik zu beginnen, um den Sowjetapparat zu beleben usw.

Wenn wir jetzt mit der Gruppe Maslow-Ruth Fischer um die fünfzig Linie der deutschen Partei kämpfen, müssen wir dies nach dem Muster der Bolschewiki tun. Die Diskussion darf nicht nur "oben", in den leitenden Instanzen, den Bezirksleitungen, Ortsleitungen usw. geführt werden, sondern sie muss tief in die Massen der Mitgliedschaft dringen. Ihre Entscheidung muss in den Mitgliederversammlungen und Betriebszellen fallen.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung muss für die Partei mindestens folgende drei Resultate bringen:

1. Die endgültige und vollständige Überwindung der Fehler der Gruppe Maslow-Ruth Fischer.

2. Klarheit aller Parteimitglieder über die nächsten praktischen Aufgaben der KPD, über den inneren Aufbau der Partei, über das Verhältnis der Führung zur Mitgliedschaft, der Kommunisten zu den Arbeitersmassen und der gesamten Partei zur Römerfront.

3. Die Offnung neuer Wege zu den sozialdemokratischen Arbeitern im Betrieb und in den Gewerkschaften. Wir führen diese Diskussion ganz bewusst nicht nur für uns selbst, sondern vor der gesamten Arbeiterklasse. Wir kritisieren und diskutieren nicht in der Duntellammer, nicht nur in geschlossenen Mitgliederversammlungen, sondern wir sprechen vor allen deutschen Arbeitern über unsere eigenen Fehler. Keine sozialdemokratische Partei der Welt hätte es wagen dürfen, ein solches Dokument der rücksichtslosen Selbstkritik zu veröffentlichen, wie der Brief der Exekutive an die deutschen Parteimitglieder. Wir konnten es wagen, weil die KPD stark genug ist, um mitten im Feuer des Feinds ihren Kurs zu ändern.

Der "Vorwärts" möge jeden Abend nachdrucken und versprechen, was die "Rote Fahne" am gleichen Morgen zur Parteidiskussion schrieb. Wir können ruhig zuhören, wie die Stampfer und Hilsdinger unserer Diskussion nachlaufen — denn das ist ihr Verlust.

Und hierin liegt der innerste Sinn unserer Parteidiskussion: Uns noch enger mit den Massen zu verbinden, in den Gewerkschaften eine breite Front für den Klassenkampf zu schaffen, das Ohr der Arbeiterklasse zu gewinnen!

Der Anschlag bei den sächs. Sozialdemokraten

Bor dem Parteitag in Heidelberg beginnen die beiden Richtungen im sozialdemokratischen Lager einen erneuten Kämpf, um auf den Parteitag einzutreten. Die "Linke" stellen die gesamte Angelegenheit als eine Frage der Disziplin hin. Die Bezirksoberstände der SPD Sachsen geben eine lange Erklärung ab, in der sie nochmals alle Disziplinbrüche der 23 zusammenstellen. Grundsätzlich zu den politischen Dingen Stellung zu nehmen dürfen sie aber auch die Bezirksoberstände. Insbesondere zur Koalitionsfrage erläutern sie nur, daß die heutige Koalition schlimm sei und die Einigkeit der Partei gefährdet habe. Die Bezirksoberstände verlangen, der Parteitag solle die Konsequenzen daraus ziehen.

Inzwischen schänden die Dreifundzwanzig Sammelblätter herum, um Unterchristen zu belämmern, die ihnen das Recht der Redefreiheit in Heidelberg gestatten sollen. Auf die Entschließung der Bezirksoberstände erklärten sie, daß schon der Parteitag von 1924 — und nicht die Schiedsgerichte in Sachsen — festgestellt haben, daß sie, die 23, keine Disziplinbrüche verübt haben. Dann wird bekannt, daß die 23 geschlossen nach Heidelberg fahren wollen, um dort ihren Standpunkt zu vertreten.

Das Juridizieren auf die Disziplinfrage zeigt von vornherein die Schwäche der "Linke" in ihren politischen Organisationen. Da die "Linke" politisch im Schlepptau der Rechten betrieben wird, dürfen die "Linke" mit politischen Auseinandersetzungen auf dem Parteitag der Reaktion nicht weit kommen. Aber auch mit der Stellung der Disziplinfrage werden sie nicht viel Gegenliebe finden. Für die Arbeiter handelt es sich aber nicht um die Frage der Disziplin, sondern um die Politik der SPD, und da erkennen die Arbeiter immer mehr, daß die SPD mit oder ohne die 23 die Politik der Arbeiter nicht vertreibt.

Wieder einer, der „ausgeschlossen“ ist

Director Albert war von jeher eine Zierde der Sozialdemokratischen Partei. Als er vor dem Kriege einmal wegen Preßvergehen mit einer geringfügigen Strafe belegt wurde, rückte er so schnell wie möglich aus. Das wesentlichste war aber, daß eine die dahin beschlebende Vergünstigung für die Redakteure, nicht sofort eingesperrt zu werden, zum Teil durch Alberts tapferes Verhalten aufgehoben wurde.

In der Schweiz, woher sich Albert dann begab, schrieb er in zwei verschiedenen Zeitungen gegen sich selber, um sich populär zu machen. Trotz dieser immerhin bedeutenden Qualifikationen war und blieb er Sozialdemokrat. In Sachsen war er ein vertrauter Freund des mit Großindustriellen jungenen Minister-

präsidenten Heldt. Vor einiger Zeit gab Albert eine Broschüre gegen den Achtstundentag heraus. (Die Broschüre wurde von uns besprochen. D. Red.) Auf Grund der Broschüre hat jetzt, so teilt die "Dr. V." mit, der erweiterte Bezirksoberstand der SPD auf Antrag der Ortsgruppen Dresden-Reudnitz und Blasewitz Albert ausgeschlossen.

Albert hat inzwischen keine Maßnahmen zur Unterstützung des Kampfes gegen den Achtstundentag fortgeführt. Er war in Marseille. Von dort bringt er folgende Studie mit, die er an seine Mitdirektoren verteilt:

"In Frankreich, Italien und der Schweiz konnten wertvolle Studien über die dortigen sozialen Verhältnisse von Arbeitern und Angestellten, insbesondere über Lohn und Arbeitszeit, gemacht und entsprechend verwertet werden. In Marseille konnte auf dem Internationalen Sozialistischen Arbeitertag festgestellt werden, daß von dem in den Arbeitertagessitzungen behaupteten Elan im Kampf um den Achtstundentag keine Rede sein kann.

Die Entwicklung, die den achtstündigen Arbeitstag und den freien Sonnabend-Nachmittag für die ganze Welt fordert (also die 44-Stunden-Woche) mag als vage Geste zum Zwecke der Agitation betrachtet werden. Bei ihrer Begründung hörten von den 320 Delegierten aus 38 Ländern noch nicht einmal 12 zu. Die Abstimmung wurde von den meisten Teilnehmern des Kongresses nicht einmal bemerkt. Der Kampf um diese wichtige wirtschaftliche Frage wird durch diese Entwicklung kaum irgendwie beeinflußt werden."

Die "Dr. V." ist natürlich enttäuscht, daß man Albert überhaupt auf dem Kongreß gelassen. Wenn die Bemerkungen Alberts darauf hinausgehen, den Achtstundentag zu kompromittieren, so sind sie auch bezeichnend für den Kongreß. Die Enttäuschung der "Dr. V." ist überflüssig.

Rum, Albert ist ausgeschlossen — ob er es bleibt? Was geschieht aber mit der Unmenge der anderen Saboteure des Achtstundentages in der SPD?

Reine Lohnerhöhung für die Eisenbahner!

Was tun?

Wenn noch irgendwelche Zweifel bestanden haben über die Rolle der Schlichtungsorgane als Kampfinstrumente der Bourgeoisie, so sind sie durch den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung der Eisenbahner reißlos beseitigt. Das erste Schiedsgericht sorgte auf, weil der "unparteiische" Vorsitzende so offensichtlich die Interessen der Dawesbahn verteidigte, daß die Arbeitervertreter gezwungen waren, Demonstration die Sitzung zu verlassen. Danach begann ein widerliches Komödienstück. Die Eisenbahnergewerkschaften ziehen ihren Antrag auf Bildung eines Schiedsgerichts zurück. Inzwischen war die Gestaltungsdauer der letzten Lohnregelung abgelaufen. Alle Parteien hatten dadurch freie Hand. Die Verwaltung der Dawesbahn benützte diese Gelegenheit, um einen Keil in die Front der Eisenbahner zu treiben, und versprach für einen Teil derselben eine minimale Lohnerhöhung, vertrotzte die übrigen mit dem Preisabbauschwindel der Luther-Regierung.

Anstatt nun Kampfmaßnahmen zu ergreifen, ließen die Eisenbahnergewerkschaften wiederum zum "Schlichter". Sie stellen einen Antrag auf Bildung eines Schiedsgerichts mit dem Vorbehalt, daß hierzu ein wirklich "unparteiischer" Vorsitzender ernannt wird. Man hat nach diesem Weltwunder lange gelacht. Bis dann schließlich der Staatssekretär a. D. Ruedlin als "unparteiischer" die Bildung einer Schlichtungskommission übernahm.

In der Nacht vom 10. zum 11. September hat dann diese Schlichtungskommission einen Schiedsspruch gefällt. Dieser bringt:

1. keine allgemeine Lohnerhöhung. Die Parteien sollen aber vom 1. Oktober ab in eine Nachprüfung der örtlichen Löhne eingetreten;
2. keine Änderung der Löhne für Arbeitnehmerinnen;
3. keine schon längst notwendige Verbesserung der Löhne der Jugendlichen;
4. keine Verkürzung der Arbeitszeit unter 51 Stunden;
5. Erklärungstritt 15. September.

Alles in allem eine Provokation der Eisenbahner. Der Schiedsspruch ist einfach ein Diktat der Dawesbahnverwaltung. Das Skandalösste darin ist aber die Begründung. Es heißt:

"Unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Preisentwicklungsaktion der Regierung bleiben die Grundlöhne unverändert."

Merkste was?



Merkste was, wie die Regierung die Preise abbaut?
Ja, mein Mann liest det immer so schön aus'n "Vorwärts" vor.
(Aus der neuen Nummer des "Knöppel".
Zu kaufen bei den Zeitungsboten, Literaturouleutern und Arbeiterbuchhandlungen. Preis 20 Pfennig.)

Wie sieht die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Beamten und Arbeiter der Reichspost und die Arbeiter der Reichsverwaltung sind gezwungen, Lohn- und Gehalts erhöhungen zu fordern, und sie haben diese Lohnforderungen nicht zum Vergnügen gestellt oder etwa darum, um die Reichsregierung zu ärgern, sondern ganz einfach deshalb, weil die wirtschaftliche Lage sie dazu zwinge. Alle diese Gruppen haben zwar erklärt, daß sie zunächst einmal den Ausgang des Konflikts zwischen Eisenbahnerarbeiter und der Reichsbahnverwaltung abwarten wollen, ehe sie weitere Schritte unternehmen, aber trotzdem bleibt die Notwendigkeit einer Lohn erhöhung bestehen. Und dieser "unparteiische Schlichter" stellt fest, daß unter Berücksichtigung dieser wirtschaftlichen Lage eine Lohn erhöhung unmöglich ist. In Wirklichkeit hätte er längst einen Gehaltserhöhung der Eisenbahner, Post und Reichsbeamten, weil eine Lohn erhöhung der Eisenbahner, Post und Reichsbeamten der Lohn nicht erhöht werden. Das ist ein einfaches Beispiel. Die Bourgeoisie handelt danach, und die Schlichter helfen dabei. Nur die Proleten verstehen nicht, die notwendigen Lehren daraus zu ziehen und danach zu handeln.

Anstatt daß die Beamten der Eisenbahn und Reichspost eine einheitliche Front bilden und geschlossen vorgehen, lassen sie zunächst die Eisenbahnerarbeiter allein würteln und dünnen sich darüber wieslug dabei, wenn sie beschließen, abzumartern, bis die Eisenbahnerarbeiter eine Lohn erhöhung bekommen. Auf diese Art werden weder die Arbeiter noch die Beamten eine der Teuerung entsprechende Erhöhung der Bezüge erhalten. Wenn aber die Beamtenorganisationen und die Gewerkschaften der Eisenbahner und Postler sich zusammen schließen zu einer einheitlichen Römerfront, dann wird diese Luther-Regierung genau schnell und prompt zusammen klappen wie die englische Regierung im Konflikt mit den Bergarbeitern.

Pressestimmen zum Urteil im Maslow-Prozeß "Berliner Tageblatt":

Diese Darstellung der Urteilsgründe ergibt, daß Maslow die Teilnahme an einem irgendwie näher bestimmten Prozeß oder Umsturzversuch nicht zur Last gelegt oder gar nachgewiesen worden ist. Das Urteil selbst steht sogar noch ausdrücklich dafür, daß Maslow gerade in der entscheidenden Zeit Juni 1923 in Rückland war und auf die Ereignisse in Deutschland keinen direkten Einfluß ausüben konnte". Dadurch wird das Urteil des Staatsgerichtshofes vollauf unbegreiflich, und man fragt sich vergebens, weshalb denn nicht mindestens die Anklage, auf Grund deren das Verfahren gegen seine Mitangeklagten Greifewitz, Schumacher und Schlecht eingestellt wurde, auch auf ihn ausgedehnt worden ist. Es wird notwendig jetzt doch dieses Schlußfolgern im Wege der Einzelbegnadigung aus der Welt getilgt werden.

Der "Vorwärts" stellt wohl fest, "auf wie schwachen Füßen die Verurteilung beruht". Eine Konsequenz wie das "Berliner Tageblatt" zieht er aber nicht. Er begnügt sich lediglich mit der Bemerkung, daß einem Deutschnationalen unter diesen Umständen sicherlich nichts passiert wäre. Die übrige Presse schweigt sich über den neuesten Justizstandes aus.

Der junge Mann Hindenburgs

Düsseldorf, 12. September. (Eigener Drahtbericht.) Generell, als Wegbereiter Hindenburgs ist persönlich in Düsseldorf eingetroffen, um mit der Stadtverwaltung über die Neuorientierung der städtischen Polizei, sowie über Einzelheiten des Programms zum Besuch des Reichspräsidenten Rücksprache zu nehmen. In gleicher Angelegenheit wird Seerling nach mehreren anderen Städten fahren.

Niedriger hängen!

Der "Vorwärts" Nr. 425 vom 9. September bringt unter der Überschrift "Die unrühmliche Rolle Cools" folgende Notiz:

Bochum, 6. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiterzeitung, das Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, nimmt in äußerst scharfen Ausführungen gegen den englischen Bergarbeiterführer Coo, dessen kommunistische Tendenzen bekannt sind, Stellung. Coo hatte fürsätzlich in seiner Rede vom Deutschen Bergarbeiterverband und speziell dessen Vorsitzenden behauptet, daß er die Interessen der deutschen Bergarbeiter schädige. Die Bergarbeiterzeitung schreibt, daß Coo's unverschämte Rede ein Sammlung von Plaktheiten, Dummkheiten und Frechheiten darstelle. Es sei zu hoffen, daß Coo, der seine gewerkschaftliche Stellung in schlimmster Weise missbraucht habe, wenn er begegne, im Namen der englischen Bergarbeiter-Federation zu sprechen, das letzte Mal auf deutschem Boden gesandten haben.

Auspeisung der ostpreußischen Landarbeiter

Königsberg, 11. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem in den letzten Tagen in 16 verschiedenen Orten Ostpreußens die Bauarbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen die Arbeit niedergelegt haben und die heutigen Verhandlungen zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten ergebnislos geblieben sind, ist heute vom ostpreußischen Arbeitgeberbezirksverband für das Baugewerbe in einer Generalversammlung die allgemeine Auspeisung der Bauarbeiter für Sonnabend beschlossen worden.

Wieder zwei Arbeitermorde in Polen

Moskau, 10. Sept. Am 8. September nachts wurde in Warschau der Ledernerbeiter Jan Pufahl, ein bekannter Kommunist, durch Republikaner ermordet. Gleichzeitig ermordete ein unbekannter Täter den Ledernerbeiter Heinrich Pischchorowitz, ein ebenfalls bekannter Kommunist. Beide Betriebsarbeiter führten in der Gewerkschaft einen Kampf gegen die PPS, indem sie den Betrat der PPS entloren. Gute Blättermeldungen wurden beide Ermordungen durch die Kampfgruppe der PPS durchgeführt. Einer der Morder, der bekannte Pischkorow, wurde durch die Polizei nach seinem Verhör freigesetzt. Bei zwei Wochen wurde der kommunistische Arbeiter Pischkorow in der gleichen Weise ermordet.

Banditenjustiz

Warschau, 11. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Das Gericht in Warschau verurteilte den Genossen Langwitz wegen Banditentum zu drei Jahren Zuchthaus, trocken der Verteidiger Langwitz die Unschuldigkeit des Angeklagten bestreit, da das ihm vorgeworfene "Verbrechen" gleichzeitig nur durch ein Geschworenengericht abgesetzte werden kann.

Die polnische Banditenjustiz verurteilt ihn wegen kommunistischer Gefährdung. Langwitz muß unbedingt freigesetzt werden. Die Arbeiterschaft muß den polnischen Banditen ihren Protest begreiflich machen.